Region Freitag 17.03.2023

Wer den See säubert, soll mehr Geld bekommen

Als letzten Sommer auf dem Bielersee ein Seegrasteppich schwamm, war unklar, wer ihn wegräumen muss. Das soll nun auf Gesetzesebene geklärt werden, fordert eine Motion der Erlacher SVP-Grossrätin Nadja Günthör.

Matthias Gräub

Er war zeitweise Gesprächsthema Nummer eins am Bielersee im vergangenen Sommer: Der meterdicke Seegras-Teppich im Bielersee warf im vergangenen Sommer hohe Wellen. Er dümpelte vor Täuffelen im Wasser herum und liess Gemeindebehörden ratlos zurück. Wer ist zuständig, ihn abzuräumen? Und wer bezahlt dafür?

Das Seegras-Problem hat sich inzwischen gelöst. Allerdings trieben noch bis Februar Reste vom Teppich in Ufernähe herum, wie Adrian Hutzli, Gemeindepräsident von Täuffelen-Gerolfingen, erzählt. «Dabei sagten alle Experten, im Oktober sei das Zeug weg.» Erst vor wenigen Wochen habe sich

alles zersetzt. Und am Bielersee ist man sich sicher: Solche Probleme werden in Zukunft wieder auftauchen. Im Zuge der Klimaerwärmung vermutlich sogar immer öfter.

Vorwärts denken

«Wir müssen jetzt vorwärts denken und agieren, statt nur zu reagieren», sagt die Erlacher SVP-Grossrätin Nadja Günthör. Sie hat beim Regierungsrat am Mittwoch eine Motion eingereicht, um Ufergemeinden zu entlasten. Die Motion verlangt von der Kantonsregierung in einem ersten Punkt, dass sie die Unklarheiten im Gesetz beseitigt. Bislang sind nämlich die Ufergemeinden dafür zuständig, dass Algen und Seegras im See entfernt werden. Grössere Mengen an Schwemmholz hingegen muss der Kanton wegräumen.

An einem runden Tisch zwischen Gemeinden, Kantonsämtern, Grossräten und Regierungsstatthalterinnen im Oktober war man sich einig: Es gibt eine Gesetzeslücke. Denn der Seegras-Teppich vom vergangenen Sommer war ein Ausnahmefall. Er bestand zwar aus Seegras, verhielt sich aber wie Schwemmholz. Der Teppich war laut Günthör, die auch an jenem runden Tisch sass, ein Zwischending, für das sich niemand zuständig fühlte: «Er hat sich auf dem See gebildet und wurde danach ans Ufer geschwemmt.» Die Grossrätin verlangt deshalb, dass ein so massiver Seegras-Teppich künftig wie Schwemmholz behandelt wird.

Dann müsste ihn der Kanton entfernen.

Breit abgestützte Motion

Für gewisse Arbeiten werden auch weiterhin die Gemeinden zuständig sein. Der zweite Punkt der Motion fordert mehr Geld für ebenjene Arbeiten. Gemäss dem kantonalen Wasserbaugesetz bekommen die Gemeinden für den Gewässerunterhalt ein Drittel der Kosten vom Kanton erstattet. Zu wenig, findet Günchör: «Die Belastung für die Gemeinden wird immer grösser. Die Zahlen, die heute im Gesetz stehen, sind überholt.»

Welchen Anteil der Kanton künftig übernehmen soll, überlässt die Motion dem Regierungsrat. Neben dem zusätzlichen Geld für den Gewässerunterhalt soll der Kanton den Gemeinden auch für andere Leistungen einen grösseren Kostenanteil zurückzahlen. Etwa für Hochwasserschutzmassnahmen oder den Unterhalt des Kanalnetzes der Juragewässerkorrektionen.

Günthör sieht für ihre Motion gute Erfolgschancen. Nicht zuletzt, weil sie ein breites Spektrum an Ratskolleginnen und -kollegen mit ins Boot geholt hat: Die Mitunterzeichnenden sind Sandra Hess (FDP, Nidau), Christoph Grupp (Grüne, Biel), Korab Rashiti (SVP, Gerolfingen) sowie Beat Cattaruzza (GLP, Nidau). Der Gruppe ist höchstens vorzuwerfen, dass sie etwas gar Bielersee-fokussiert ist, um bei der Kantonsregierung Gehör zu finden. Das Argument kontert Nadia Günthör: «Wir haben die Motion extra breit gefasst, damit andere Regionen auch profitieren.» Das Seegras-Problem werde vielleicht im Berner Oberland im Laufe der Zeit auch mal ein Thema. Das bezweifelt der Täuf-

feler Gemeindepräsident Adrian Hutzli, da das Wasser dort kälter ist. «Aber vielleicht sind die Gemeinden am Brienzersee dann halt nicht mit Seegras, sondern mit einem Steinschlag konfrontiert.» Dann würde die Motion auch ihnen helfen. Hutzli ist erfreut über das Resultat, das der runde Tisch im Herbst hervorgebracht hat. Das sei ein schönes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den lokalen Grossräten, sagt er. «Sie sind schliesslich die Vertreter unserer Region gegenüber dem Kanton.»